FRAUENGRUPPE

GdP-Bundesfrauenvorstand

Newsletter 5/August 2007

Elterngeld wirkt
Mehr Väter in Deutschland nehmen Auszeit zur Kinderbetreuung

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben in den ersten Monaten des Jahres 2007 im Vergleich zu 2006 doppelt so viele Väter Elternzeit beantragt. Eine Beteiligung von immer noch deutlich unter zehn Prozent ist im internationalen Vergleich allerdings eher gering: Spitzenreiter in Europa sind die Isländer. Dort nehmen inzwischen fast 90 Prozent der jungen Väter drei Monate Väterzeit. Ein Grund dafür ist die breite gesellschaftliche Unterstützung für Väter, die Familienaufgaben wahrnehmen. Fast 74 Prozent der isländischen Arbeitgeber befürworten den befristeten Ausstieg der Männer.

In Deutschland rechnen die Arbeitgeber eher nicht mit einer hohen Anzahl von Vätern, die eine Familienauszeit nehmen. Wegen der Vorbehalte von Kollegen und Vorgesetzten ist die Beteiligung von Vätern an der Familienarbeit bei uns traditionell schwierig. Dabei wollen sich die meisten jungen Väter heute nicht mehr auf die Karriere im Beruf beschränken lassen. Sie wollen einen aktiven Part in der Familie.

Weitere Informationen beim Statistischen Bundesamt unter
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2007/05/PD07__205__22922.psml
oder beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter
http://www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles,did=98170.html
(mit Elterngeldrechner!)

Masterstudiengang Kriminologie und Polizeiwissenschaft an den Universitäten Bochum (Ruhr-Universität) sowie Hamburg

Im Januar 2008 beginnt an der Ruhr-Universität Bochum der dritte Durchgang des weiterbildenden Masterstudiengangs Kriminologie und Polizeiwissenschaft (M.A.), der ab sofort in Form des Blended Learning angeboten wird und daher auch berufsbegleitend absolviert werden kann. Er richtet sich an Bewerber mit abgeschlossenem Universitätsstudium (z.B. in Rechts- oder Sozialwissenschaftlichen, Psychologie oder ähnliche Fächer) und an Personen aus Polizei, Sozialarbeit sowie anderen Berufsfeldern, die sich mit abweichendem Verhalten beschäftigen und mindestens einen Fachhochschulabschluss haben.

Weitere Informationen unter
http://www.rub.de/kriminologie/master.html
oder bei Dr. Oliver Bidlo unter
oliver.bidlo@rub.de

Fortsetzung S. 2

Themen:

- **Elterngeld aktuell**
- **Masterstudiengänge Kriminologie**
- **Umsetzung der EU-Richtlinie hilft Opfern von Menschenhandel kaum**
- **GdP-Frauen vor Ort/Aus der Bundesfrauengruppe**
- **Zahlen, Daten, Fakten**
- **Zur Person**
- **Literaturtipp**
- **Linktipps**
- **Termine/Veranstaltungen**

Zum Wintersemester 2007/08 bietet das Institut für Kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg erstmals den neuen Weiterbildenden Masterstudiengang Kriminologie an. Praktiker/innen aus kriminologisch einschlägigen Arbeitsfeldern können in dem 2-semestrigen berufsbegleitenden Studium (zzgl. Anfertigung einer Abschlussarbeit) den Titel „Master of Arts“ (M.A.) erlangen. Das Studium dient dem Erwerb wissenschaftlicher Qualifikation insbesondere für Leitungsaufgaben in mit Devianz und Kriminalität befassten Praxisfeldern.
http://www.kriminologie.uni-hamburg.de/webmaster/

Umsetzung der EU-Richtlinie hilft Opfern von Menschenhandel kaum

Mit der im Juni verabschiedeten Neufassung des Aufenthalts- und Asylrechts wollte die Bundesregierung elf EU-Richtlinien umsetzten, darunter auch jene in der es um die Erteilung von Aufenthaltstiteln für solche Opfer des Menschenhandels geht, die mit den Sicherheitsbehörden kooperieren wollen: Sie sollen eine angemessene Bedenkzeit und Zugang zu medizinischer wie psychosozialer Betreuung erhalten. Außerdem steht ihnen ein gesicherter Aufenthaltstitel für die Dauer des Strafverfahrens zu. (2004/81/EG des Rates vom 29.4.2004)

Dass die Bundesregierung sich für eine restriktive Umsetzung dieser Opferschutzrichtlinie entschieden hat, erschwert die Strafverfolgung im Deliktsbereich „Menschenhandel“: Durch die Versorgung der Opfer nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wird ihr besondere Bedarf an medizinischer und psychologischer Unterstützung nicht berücksichtigt – darunter leidet ihre Kooperationswilligkeit. Auch nach dem neuen Aufenthaltsgesetz können Opfer von Menschenhandel in Sammelunterkünften untergebracht werden. Dort aber mangelt es an Schutz vor ihren Peinigern. Außerdem wird die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für kooperationswillige Opferzeuginnen ins Ermessen der Behörde gestellt – eine ungewisse Zukunft wirkt sich allerdings negativ auf die Aussagebereitschaft aus.

Bei einer Anhörung des Deutschen Frauenrates zum neuen Ausländer- und Asylverfahrensrecht erläutert Julia Grohn die ablehnende Haltung der KOK e.V.

Auch nach Auffassung des KOK e.V. und des Deutschen Frauenrates entspricht die Novellierung des Aufenthalts- uns Asylrechtes den Anforderungen einer rechtmäßigen Umsetzung der Opferschutzrichtlinie nur teilweise. (Vgl. DP 8/2007)

Weitere Informationen unter
http://www.kok-potsdam.de/index.php?idcat=17&lang=1&PHPSESSID=18a2d96c39188cdd4dadc22306b4f142

GdP-Frauen vor Ort

Fachtagung FrauenStärken am 03.07.07 in Stuttgart

Am 03.07.07 organisierten die Fachfrauen von DGB, Ver.di, GEW und GdP in Stuttgart die 11. Fachtagung „FrauenStärken“ für die Beauftragten für Chancengleichheit der Landesverwaltung Baden-Württemberg. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildete ein Fachreferat von Dr. Karin Tondorf zu Leistungsbeurteilung und -vergütung, in dem sie ausdrücklich auf die Gefahr der Diskriminierung hinwies. Auch die Rente mit 67, das Elterngeld und das

Fortsetzung S. 3

Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wurden thematisiert. Zum Abschluss der Tagung mit rund 120 Teilnehmerinnen diskutierten die frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen Dienstrechtsreform, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen unter frauenspezifischen Aspekten.

Fachtagung FrauenStärken

Die Polizei Rheinland-Pfalz erhält Grundzertifikat audit berufundfamilie

Am 30.November 2006 erhielt die Polizei Rheinland-Pfalz das Grundzertifikat zum audit berufundfamilie®. Damit ist sie nach dem Vorreiter Bremen die zweite Polizei eines Bundeslandes, die zertifiziert wurde.

Die Initiative hierzu war von der Landesfrauengruppe der GdP ausgegangen. Nach einem Beschluss der GdP-Landesfrauenkonferenz im November 2005, durch externe professionelle Unterstützung die Polizei Rheinland-Pfalz familienfreundlicher zu gestalten, überzeugten die Landesfrauen schon wenige Wochen

später Innenminister Karl Peter Bruch in einem Gespräch, sich um eine Zertifizierung im Sinne des audit berufundfamilie® zu bemühen. Als Ziele wurden u.a. festgelegt: Entwicklung familienbewusster Dienstzeitmodelle im Vollzugsdienst, Informationsangebot für Beschäftigte mit Familienaufgaben im Intranet, Ergänzung des Leitbildes um familienbewusste Führung und Zusammenarbeit, Schulung zur familienbewussten Personalförderung, Überprüfung fairer Beurteilungen für Teilzeitbeschäftigte. Derzeit wird eine Internetplattform erarbeitet, auf der dann Informationen zu rechtlichen Aspekten, Betreuungsangeboten u.v.m. zu finden sind.

Natürlich gibt es auch noch offene Fragen, z.B.: Wer kontrolliert audit-gerechtes Vorgehen, wie ist mit Personen zu verfahren, die nicht audit-gerecht handeln? Wie weit greifen die Vorgaben des audit - wird eine alleinerziehende Mutter künftig automatisch an ihre Heimatdienststelle versetzt? Die Landesfrauengruppe Rheinland-Pfalz bleibt am Ball!

Grundzertifikat 2005
audit berufundfamilie®

Weitere Informationen zum Audit Beruf&Familie unter http://www.beruf-und-familie.de/

Aus der Bundesfrauengruppe

Gemeinsame Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der Frauengruppe (Bund) und des Geschäftsführenden Vorstandes der GdP am 11./12.07.07

Das Prinzip des Gender Mainstreaming, nach dem alle politischen Vorhaben und Entscheidungsprozesse sowie deren Umsetzung und Bewertung aus der Perspektive beider Geschlechter betrachtet werden, stand im Mittelpunkt des Gespräches, zu dem sich Mitte Juli der Geschäftsführende Bundesvorstand der GdP

Fortsetzung S. 4

und der Geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) in Hilden trafen.

Einig waren sich beide Gremien, dass in der GdP Handlungsbedarf besteht und Gender Mainstreaming auch in der Gewerkschaft nur umgesetzt werden kann, wenn in Bund und Ländern Entscheidungsträger und Gremien an der Spitze die Verantwortung dafür übernehmen. Daher wird das Thema demnächst auf der Tagesordnung des Bundesvorstandes stehen und durch einen kurzen Fachvortrag in allen GdP-Gremien auf Bundesebene erläutert werden. Zwei dieser Gremien sollen – zunächst in einer Test-Phase - aus ihrer Mitte Gender-Teams (je ein Mann und eine Frau) benennen, die künftig Diskussionen und Beschlüsse der Gremien im Sinne des Gender Mainstreaming überprüfen – wozu eine entsprechende Check-Liste Unterstützung bieten soll. Eine Übertragung des Modells auf weitere Gremien könnte folgen. Geprüft wird auch, wie die Umsetzung des Gender Mainstreaming durch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit auf Bundesebene gefördert werden kann. (vgl. DP 8/2007)

Arbeitsgruppe „Vereinbarkeit Beruf und Familie“ traf sich im Mai in Berlin

Die neue Arbeitsgruppe zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie will die Frauengruppe (Bund) Ideen sammeln und für Modelle werben, die Frauen *und* Männern darin unterstützen, Erwerbstätigkeit *und* Familienarbeit unter einen Hut zu bringen.

Einen ersten Katalog von Forderungen, die sich an politische Entscheidungsträger und Dienstherren richten, haben die Frauen der AG bereits entworfen. Dieser soll in den nächsten Monaten zu einem Strategiepapier anwachsen. Einen ersten Entwurf will die Arbeitsgruppe im November im Bundesvorstand der Frauengruppe (Bund) vorstellen. Bis dahin soll ein Faltblatt, das die Arbeitsgruppe bereits erarbeitet hat, dazu beitragen, Kolleginnen *und* Kollegen für das Thema zu sensibilisieren. Es steht auf der Web-Site der GdP (Mitgliederbereich/Ressort Frauen) zum Download zur Verfügung.

Anspruch auf Vollzeitstelle

Arbeitgeber müssen in Teilzeit beschäftigte Arbeitnehmerinnen bei der Besetzung entsprechender Vollzeitstellen dann bevorzugen, wenn die gleiche Eignung vorliegt und die Teilzeitbeschäftigte den Wunsch auf Verlängerung der Arbeitszeit geäußert hat. Dem Wunsch können allerdings dringende betriebliche Gründe oder Arbeitszeitwünsche anderer teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen entgegenstehen. § 9 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) begründet hier einen einklagbaren Rechtsanspruch.

Quelle: BAG-Urteil vom 08. Mai 2007 - 9AZR 874/06f

Arbeitsgericht hält AGG für europarechtswidrig

Erstmals hat ein deutsches Gericht das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für "europarechtswidrig" erklärt. Das Arbeitsgericht Osnabrück hielt die Kündigung eines älteren Arbeitnehmers

Fortsetzung S. 5

wegen Verstoßes gegen Paragraph 2 Absatz 4 AGG für unwirksam. Darin stehe ausdrücklich, dass das AGG auf Kündigungen keine Anwendung finde. Dies hielten die Osnabrücker Richter aber für europarechtswidrig, weil die zu Grunde liegende EU-Diskriminierungs-Richtlinie sich auch auf die Beendigung von Arbeitsverhältnissen bezieht.

Quelle: AG Osnabrück: 3 Ca 677/06

Zur Person
Elke Gündner-Ede – die Neue im GBV für die Frauenarbeit ...

... ist seit Anfang des Jahres im Geschäftsführenden Bundesvorstand für den Bereich Gleichstellungspolitik, die Bundesfrauengruppe und den Bundesfachausschuss Polizeiverwaltung zuständig. Ein Aufgabengebiet das sie gern übernommen hat - nicht nur weil sie mit den Themen der Frauengruppe durch ihre bisherige gewerkschaftliche Arbeit vertraut ist.

Elke Gündner-Ede ist vielmehr überzeugt: Die kontinuierliche Arbeit der Frauengruppen in der GdP kann dazu beigetragen, die Akzeptanz von Frauen in der Polizei zu stärken. Denn Frauen in der Polizei sind in einer besonderen Situation, vor allem wenn sie Familienaufgaben wahrnehmen und im Schichtdienst eingesetzt sind – das wurde vielen dienstlich Verantwortlichen erst so richtig klar, als die GdP-Frauengruppe das Thema aufgriff.

Die Arbeit der Bundesfrauengruppe zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie will Elke Gündner-Ede daher ebenso unterstützen, wie die anderen inhaltlichen Schwerpunkte, darunter Häusliche Gewalt, Menschenhandel und Gender Mainstreaming. Deshalb will sie die Positionen der Frauengruppe (Bund) in die Gliederungen der GdP tragen und mit politisch Verantwortlichen diskutieren und durchsetzen. Ihre Mitgliedschaft im Bundesfrauenausschuss des DGB möchte sie nutzen, um unsere Themen in die gewerkschaftliche Diskussion einzubringen. Und umgekehrt will sie die frauenpolitischen Diskussionen im DGB in die GdP hineintragen.

Immer noch aktuell ist für Elke Gündner-Ede u. a. die Frage des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern, zu dem der DGB Bundesfrauenausschuss für September 2007 die Veranstaltung "equal pay" plant. Wie wichtig eine Auseinandersetzung mit diesem Thema ist, zeigt auch ein neuer Bericht der EU-Kommission: In Schweden, Finnland, Dänemark und Deutschland ist die Differenz zwischen den Gehältern von Männern und Frauen zwischen 1995 und 2005 gewachsen. Die EU belegt darin auch: Deutschland ist ein Niedriglohn-Land für Frauen - Männer erhalten für vergleichbare Arbeit durchschnittlich 22 % mehr Gehalt.

Ein trauriger Beweis dafür, dass trotz vieler Teilerfolge noch ein großes Stück Arbeit vor uns liegt, wie Elke Gündner-Ede meint.

Weitere Informationen unter
http://www.gdp.de/gdp/gdpcms.nsf/id/Guendner

Wanja Lundby-Wedin - neue EGB-Präsidentin

Die Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO Wanja Lundby-Wedin wurde auf dem EGB-Kongress in Sevilla als erste Frau in das Amt der EGB-Präsidentin gewählt. Sie will in ihrem neuen Amt einen Beitrag dazu leisten, dass die Position der Frauen insgesamt gestärkt wird. Dazu beschloss der EGB-Kongress in Sevilla eine Charta zum Gender-Mainstreaming, die klare Vorgaben für die eigene Organisation setzt.

http://sevilla.etuc.org/-ETUC-Charter-on-Gender-

Quelle: www.rowohlt.de

Literaturtipp

„Einfach abgehängt“
Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland
Von Nadja Klinger und Jens König
Hardcover, 256 Seiten, 14,90 Euro

Das Buch enthält zwölf Reportagen über Langzeitarbeitslose in Deutschland:

Was heißt es, wenn man im Monat von 345 Euro leben muss? Oder wenn man von 30.000 Euro Schulden erdrückt wird? Wie tief fällt ein Ingenieur, der aus einem scheinbar gesicherten Dasein in die Armut stürzt? Wie schlägt sich eine Mutter durch, die höchstens 88 Cent für ein Frühstück ausgeben kann? Oder die vierköpfige Familie, die von Arbeitslosengeld II lebt? Nadja Klinger und Jens König porträtieren Menschen, die von der Gesellschaft abgehängt werden. Denn die Armut in Deutschland breitet sich immer mehr aus, die Mittelschicht ist vom Abstieg bedroht - und die Kluft zwischen Arm und Reich groß wie nie. So hat sich fast unmerklich eine Gruppe gebildet, die beständig wächst: die neue Unterschicht der Besitz- und Bildungslosen. Zu ihr zählen Hartz IV-Empfänger genauso wie gescheiterte Architekten. Die einen sind tief gefallen, die anderen nie aufgestiegen.

Nadja Klinger und Jens König erhielten für ihre Reportagen den von der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehenen Preis „Das politische Buch 2007“.
ISBN 978-3-87134-552-4

www.genderkompetenz.info/aktuelles/archiv/17_gfmk/
Beschlüsse der 17.Konferenz der Gleichstellungsministerinnen und -minister der Bundesländer

www.frauengesundheitsportal.de

www.frauenlohnspiegel.de

Termine/Veranstaltungen

12.11 - 14.11.2007
Seminar „Frauen in der GdP“

15./16.11.2007
Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund)

Impressum

Herausgeberin:
Frauengruppe (Bund) der
Gewerkschaft der Polizei
Dagmar Hölzl
Stromstr. 4
10555 Berlin

Der Newsletter des GdP-Bundesfrauenvorstandes erscheint viermal jährlich in digitaler Form im PDF-Format.
Der Bezug ist kostenlos.

Bestellungen bitte unter:
mailto:anja.weusthoff@gdp-online.de